

Rede von Björn Thoroer zu TOP 62: Lehrerinnen- und Lehrerausbildung

451/2011

Es gilt das gesprochene Wort.

Kiel, 15. Dezember 2011

Björn Thoroer zur Lehrerinnen- und Lehrerausbildung

„Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

Die Landesregierung schwieg Monate darüber, wie sie zum Uni-Standort Flensburg steht. Doch scheinbar gibt es nun ein Bekenntnis. Leider ist es nicht die Art von Bekenntnis, die wir uns gewünscht haben. Nachdem die Wissenschaftskommission Niedersachsen sich klar für den Erhalt der Wirtschaftswissenschaften ausgesprochen hat, muss Schwarz-Gelb wenigstens im Bereich der Lehrerinnenausbildung ihre Macht präsentieren. Das Ergebnis: Kiel darf die Elite-LehrerInnen ausbilden, Flensburg bekommt den Rest! Deutlicher kann ein Bekenntnis nicht ausfallen. Und das wird auch in dem uns vorliegenden Bericht sehr deutlich.

Mit einer nachhaltigen Weiterentwicklung der LehrerInnenausbildung hat das wenig zu tun. Hier geht es darum, die Existenz des Gymnasiums zu zementieren, indem man dafür sorgt, dass Schülerinnen und Schüler fein säuberlich aufgeteilt werden und die Einrichtung einer Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen erschwert wird. Auch die Lehrkräfte werden in ein Zwei-Klassen-Denken integriert, oder besser gesagt: sicher voneinander getrennt. Die GymnasiallehrerInnenausbildung geht nach Kiel, der Rest geht nach Flensburg.

Sie lassen sich noch immer von der Gymnasiallobby den Ton angeben, wenn es darum geht, das Schulsystem im Allgemeinen und die LehrerInnenausbildung im Speziellen an die heutigen Gegebenheiten anzupassen. Von uns werden Sie dafür keinen Applaus bekommen, Herr Klug! Ihnen fehlt nicht nur der Mut, sondern auch die Idee etwas zu ändern.

DIE LINKE fordert eine gemeinsame Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer, die durch Spezialisierungsphasen angemessen auf die einzelnen Schulstufen vorbereitet werden.

Heterogene Lerngruppen, individuelle Förderung in einer inklusiven Schule und fächerübergreifendes, projektorientiertes Arbeiten: Das alles erfordert ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz. Die Vorschläge, die Sie hier präsentiert haben, werden diesen Anforderungen ganz sicher nicht gerecht.

DIE LINKE stellt sich auch in der Bachelor-Master-Frage an die Seite des Verbands Erziehung und Wissenschaft. Auch wir sehen die Aufteilung an dieser Stelle als eine nicht zielführende Ent-Professionalisierung.

Und noch immer frage ich mich: Was macht man mit einem Bachelor in diesem Bereich? Ist man dann ein halber Lehrer oder eine halbe Lehrerin? Oder läuft es auf Hilfslehrerinnen und Hilfslehrer hinaus, die dann Dumpinglöhne bekommen und Löcher stopfen?

Sie schreiben in ihrem Bericht: „Von der Möglichkeit, den Zugang zum Vorbereitungsdienst mit einem Bachelorabschluss zu eröffnen, ist bisher von keinem Bundesland Gebrauch gemacht worden. Da frage ich mich doch, was das Wort „bisher“ in diesem Zusammenhang aussagen soll! Planen Sie etwa schon mit Billiglehrkräften? Da macht DIE LINKE nicht mit, meine Damen und Herren!

DIE LINKE fordert darüber hinaus, die Praxiselemente bereits im Studium stärker zu verankern. Das Referendariat ist dafür nicht ausreichend. Vergleicht man die LehrerInnenbildung mit der in anderen europäischen Ländern, wird deutlich, wie sehr die regierungstragenden Fraktionen an längst veralteten Strukturen festhalten.

Ich vermisste im Bericht auch ein klares Bekenntnis zu einer gerechten Besoldung. Es gibt keine Rechtfertigung für das Festhalten an den vorherrschenden Besoldungsunterschieden, oder wollen sie uns ernsthaft erzählen, dass die Grundschulbildung, beziehungsweise deren Lehrkräfte weniger wichtige Arbeit leisten? Das entspricht nicht der LINKEN-Sicht auf die gute Arbeit, die alle unsere Pädagogen in Schleswig-Holstein leisten. Mit hanebüchenen Argumenten werden enorme Besoldungsunterschiede mit der Wertigkeit von Schulformen gerechtfertigt. Und das geht über die Schule hinaus, bis in die Kitas.

Was Sie uns als große Reform verkaufen wollen, ist nichts weiter als das Vorantreiben einer Bildungsungerechtigkeit und der sozialen Ausgrenzung.

Und ich möchte auch noch kurz auf die Debatte um die Abschlüsse eingehen. Deutlich wird hier nur eins: CDU und FDP sind sich alles andere als einig, was sie wollen.

Herr Klug, ich kann Ihnen nur empfehlen, nehmen Sie die Kritik, die immer wieder von Studierenden und Lehrkräften, Lernenden und Eltern geäußert wird, endlich ernst! Denn sie wissen tatsächlich, wo die Mängel liegen. Dort hat man kein Interesse an Lobbypolitik.

Wir brauchen ganz dringend eine Umstellung der Ausbildung zu Stufenlehrkräften, um endlich eine zeitgemäße Ausbildung für unsere Lehrkräfte zu erhalten. Außerdem benötigen die Lehrkräfte anstatt befristeter Arbeitsverträge feste sichere berufliche Perspektiven mit angemessener Entlohnung, damit der Lehrberuf wieder an Attraktivität gewinnt!“